

Der Arbeiter

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

3. Jahrgang. Nr. 40.

Montag, den 3. Oktober 1921.

Erscheint wöchentlich.

Schiefe Ebene

Die große Frage

Wir haben schon immer auf die unausweichliche Entwicklung zum Staatsbankrott hingewiesen. Wir haben die Notwendigkeit betont, eine Sanierung durchzuführen, die radikal die Quellen der Produktion vor der Zerstörung sichert, und die volkswirtschaftliche Krise auf dem Wege über eine weltwirtschaftspolitische Aktion überwinden hilft. Und wir haben nie die Gefahr verkannt, die aus einem falschen Optimismus entsteht, der nur die Möglichkeiten der Rettung vermindert und den Bankrott auf der schiefen Ebene weiterführt.

Wir müssen uns deshalb immer wieder das Geschwätz verbitten, mit dem in einer Lage wie der unsrigen von feststellbarem Fortschritt und Ruhig gesprochen wird. Unter dem Eindruck des neuen schweren Zusammenbruchs der Mark, der noch lange nicht der letzte sein wird, ließ sich jetzt ein charakteristisches Großstadtblatt, das „S-Mittwochblatt“, von August Müller ein Menetekel schreiben, das die Wurzel des Übels zeigt. Mit scharfen Worten kennzeichnet Dr. Müller die Mächte der Regierung, deutsche Sach- und Produktionswerte zum Zwecke der Reparationserfüllung zu erfassen und ans Ausland zu liefern. Die Zahlungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, so führt er aus, würde durch solche Eingaben nur geschwächt werden; Deutschland vermisst seine eigene Produktionsfähigkeit; ungeheurerlicher Dilettantismus drückt sich darin aus; und die unausbleibliche Katastrophe werde für Deutschland nur verschlimmert.

Dasselbe Blatt läßt in der darauf folgenden Nummer einen parlamentarischen Krippenspieler, Hermann Pachtke, erklären: Ueberall herrscht in Bayern ist der Rechtsboden gestürzt, in Preußen schwören alle Beamten, einschließlich der dem Reichswehrministerium und dem Kultusministerium unterstellten, die republikanische Treue; und nun hilft sogar die Industrie und hoffentlich auch die Landwirtschaft der Regierung bei der Erfüllung. Was sieht günstig aus. Allerdings — die böse Markt! Nun, da muß man eben seine Hoffnung auf die demnächst tagende Konferenz in London setzen. Einmal muß ja die „Wirtschaft zur Vernunft“ erfolgen! —

Selbst den Durchschnittsleser spreche der gewaltige Marksturz aus dem Schlummer. Breite Kreise des Volkes ahnen, daß der Schein trug. Nur die Unentwegten der parlamentarischen Mitte streuen weiter ihr Dummpulver. Die Regierung wirft ist gerettet. Die Mitte ist gerettet. Darum umherzagt auf die Republik gebaut! Sie sehen nicht, daß die Dinge ihrem bitteren Ende entgegenlaufen. Nachdem sich in kurzer Zeit durch den Marksturz unsere Reparationsschulden glatt verdoppelt haben, da ihre Berechnung von 61 Milliarden im Verhältnis von 14 Papiermark zu 1 Goldmark entsprechend dem Dollarkurs von 65 erfolgte, der inzwischen auf 130 gestiegen ist, läuft die Entwicklung in hochbeschleunigtem Tempo. Nach den neuesten Feuerschutzzulagen für die Reichs-, Staats- und Gemeindebebauungen werden 100 Milliarden Etat weit überschritten. Die Feuerschutzzulage wird natürlich keineswegs ausreichen.

Der Staatsbankrott steht nicht vor der Tür. Er ist längst da. Die Frage ist nur: Wird er überhaupt erklärt? Wann wird er erklärt? Welche politischen Wirkungen wird er haben?

Mit dieser wichtigsten Frage der deutschen Politik beschäftigen sich die heutigen Staatsmänner und offiziellen Politiker nicht. Sie nehmen alle den Zustand der Annahme des Ultimatum und die deutsche Anerkennung der Erfüllungspflichtung als gegeben an, mag daraus entstehen, was wolle. Herr Bücher, der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie, erklärt, daß seine Organisation sich mit der politischen Last der Unterschrift des Versailles Diktates abfinden müsse und nunmehr die unangenehme Pflicht habe, gerade durch unsere Leistungen nicht nur das Annahmestückchen von der deutschen Willigkeit zu zerbrechen, sondern auch zu beweisen, daß die Welt durch die deutschen Reparationsleistungen nicht gesunden könne. Wenn Dr. Bücher, was wir nicht wissen, Jurist sein sollte, so wäre er ein schlechter Jurist, der nicht weiß, daß der Beweis contrario nicht schlüssig zu führen ist, vor allem aber gegenüber einer Welt verlagen muß, gegen die der Beweis sich richtet und gegen deren Interesse er zu führen ist. Da steht der Sozialdemokrat und sagt: „Wer viel klarer, was es heißt, den Beweis der unmöglichen Erfüllung dadurch anzutreten,

Aus dem Inhalt:

Die große Frage. Von Hutten.

Der Weg zur ständischen Verfassung. Von Dr. Heinz Brauweller.

Organisation und Arbeiterschaft. Von Fritz Dessau.

Konservativ. Von Moeller van den Bruck.

Kritik der Presse. Von Chronist.

Syndikalistischer Terror in Barcelona.

daß die Industrie selbst auf die schiefe Ebene gedrängt und gezwungen wird, Sach- und Produktionswerte auszuliefern.

Die Welt glaubt nur, was sie glauben muß. Der Sturz der Mark an den Weltbörsen ist ein Menetekel auch für die, die nicht glauben wollen. Der Marksturz hat in England die Wirtschaftler und die Politiker alarmiert, hat in Amerika Bewegung hervorgerufen. Zwangsläufigkeiten ergeben sich, die durch politische Maßnahmen nicht aus der Welt geschafft werden können. Der englische Export erfährt neue Schwierigkeiten. Die englische und die amerikanische Arbeitslosigkeit steigt. Aber auch in Amerika weiß man, daß man sich durch die härtesten Maßnahmen autarkischen Selbstschutzes nicht retten kann. Immerhin ist weder von England, noch von Amerika zu erwarten, daß von hier eine rettende Initiative ausgeht. Der deutsche Politiker, ob frankophil oder anglophil voreingenommen, ob westlich oder östlich orientiert, ob innenpolitisch verbohrt oder außenpolitisch klarschauend, sollte erkennen, daß alles nichts hilft, daß es aber für einen Bankrott „entscheidend ist, unter welchen Bedingungen er sich arrangiert.

Heute läuft in Deutschland die Entwicklung ungeführt, zwangsläufig, und alles, was geschieht, bedeutet nur Ausweichen und Verzögern der Entscheidung. Wir wissen, daß wir der kritischen Endentscheidung nicht ausweichen können. Die große Frage ist:

Wer wird der deutsche Konkursverwalter? Wird es Loucheur-Rathenau sein? Wird es eine englisch-französische Kommission sein? Oder wird es eine Kommission sein, in der die deutschen Berufsstände selbst mitverantwortlich mitbestimmen?

Heute, wo die deutsche Politik immer noch der wilhelminischen Tradition treuen Alles von Anderen erwartet, wartet die deutsche Regierung auch zu der Frage des deutschen Staatsbankrottes die Entscheidung von außen her ab. Die deutschen Verhältnisse sind allerdings durchsichtiger für Außenstehende, als sie wohl dem deutschen Reichstanzler erscheinen. Die Franzosen wissen, warum sie alles daransetzen müssen, in der nächsten Zeit soviel wie möglich aus Deutschland herauszubekommen.

Die deutsche Regierung beschäftigt sich heute mit allem Möglichen. Sie hätte allen Anlaß, sich mit nichts anderem zu beschäftigen, als mit Deutschlands Schicksalsfrage.

Der Weg zur ständischen Verfassung

Von Heinz Brauweller

Dem gegenwärtigen Verfassungs- und Regierungssystem liegen drei verhängnisvolle staatsrechtliche Irrungen zugrunde, nämlich

1. daß das Volk politisch und staatsrechtlich nichts anderes sei als die Summe der Individuen,
 2. daß das die Vertretung des Volkes darstellende Staatsorgan zugleich Träger der Staatsgewalt sein könne,
 3. daß die Staatsgewalt ihre Souveränität als Alleingewalt und Allgewalt wirksam machen müsse, d. h., daß die Staatsgewalt allen anderen Ordnungsgewalten des Gemeinschaftslebens übergeordnet sei und daß sie alle Lebensverhältnisse der Gemeinschaft zu ordnen und zu leiten berufen sei.
- Durch die Revolution und die Weimarer Verfassung ist die Regierung, die staatliche Willensbildung „demokratisiert“ worden, aber das Volk hat dafür das Organ seiner Vertretung, der Kontrolle gegenüber der Regierung verloren. Im gegenwärtigen Verfassungssystem fehlt die Kontrollinstanz, es ist an keiner Stelle möglich, einen Zwang zur Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt auszuüben.

Das Parlament soll zugleich Inhaber der Staatsgewalt und Vertretung des Volkes gegenüber der Staatsgewalt sein. Das ist eine Unmöglichkeit. Es kann nur von beider eines sein, und zwar dies: Inhaber der Staatsgewalt, Bildung des Staatswillens.

Es ist aber auch eine wirkliche Regierung nicht möglich, weil die Parteien, als deren bevollmächtigter Ausschuss die Regierung fungiert, sich nicht gegen die Stimmungen und Strebungen der Masse unabhängig machen können; sie müssen sich so verhalten, daß sie bei der nächsten Wahl ihre Stellung behaupten können.

Es ist also nicht die Aufmerksamkeit darauf zu richten, an den Parteien zu reformieren oder andere Koalitionen zur Regierung zu berufen, sondern darauf, daß wir zu einem Verfassungszustand gelangen, in welchem: sowohl regieren möglich ist, wie durch eine der Regierung unabhängige gegenüberstehende Volksvertretung ein Zwang zur Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt ausgeübt werden kann.

Was von einer richtigen Verfassung herbeiführt werden muß, ergibt sich theoretisch aus dem Gegensatz zu den vorher festgestellten Irrungen des bestehenden Verfassungssystems:

1. Das Volk ist nicht gleich der Summe der Einzelmenschen, sondern als Gemeinschaft ist es zusammengesetzt aus kleineren Gemeinschaften der verschiedensten Art, die alle durch natürliche Verbundenheiten zusammengeflochten sind und als solche auch politisch, in der staatlichen Verfassung der Volksgemeinschaft, anerkannt werden müssen. Die Keimzellen dieser natürlichen Gemeinschaften sind die natürlichen Familien und die Arbeitsfamilien der Wirtschaftsbetriebe. Aus diesen Zellen des Gemeinschaftslebens fügen sich die größeren Gemeinschaften zusammen: a) auf territorialer Grundlage — Gemeinden, Kreise, Provinzen, Länder, b) auf der Grundlage der beruflichen Verbundenheit und gemeinsamen Tätigkeit in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft — die Berufsstände, c) auf der Grundlage von Lebens- und Arbeitsgemeinschaften des Kultur- und Geisteslebens.

2. Es besteht ein naturnotwendiger Gegensatz zwischen Staat und Volk, Staatsgewalt und Volksrecht, Regierung und Volksvertretung. Das Schlagwort „Vollstaat“ kann diesen natürlichen Gegensatz ebenso wenig aus der Welt schaffen, wie die lange Zeit gelehrte staatsrechtliche Theorie von der angeblichen Einheitsnatur des modernen Staates.

3. Die Staatsgewalt ist souverän insofern, als sie in der Ergebung ihres Normensystems von keiner übergeordneten Instanz abhängig ist; aber sie ist nicht souverän im dem Sinne, als ob sie allen anderen Normensystemen übergeordnet sei und ebenso nicht in dem Sinne, daß sie grundsätzlich alle Lebensgebiete politisch zu ordnen berechtigt oder gar verpflichtet sei. Im Gegenteil ist schon zu scheiden zwischen den eigentlichen „Staatsrechten“, Aufgaben der Staatsgewalt — (Rechtsprechung nach außen und innen und Kontrolle der Tätigkeit des Volkes zum Schutze der Gesamtsicherheiten) — und den Aufgaben der natürlichen Gemeinschaften des Volkes, die grundsätzlich das Selbstbestimmungsrecht unter Aufsicht des Staates in Anspruch zu nehmen ist.

Es ist notwendig zu erkennen, daß das Verfassungssystem, unter dem wir heute leben, nicht grundlegend veränderbar ist.

dem Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts, von dem abnehmen Polizei- und Wohlfahrtsstaat sei. Nur der Inhaber der Staatsgewalt hat gewechselt, der Umfang der Staatsgewalt ist unverändert geblieben, praktisch sogar noch in manchen Richtungen erweitert worden. Vor dem Krieg hatte die Staatsallmacht die Form des Staatssozialismus angenommen. Der sozialistische Zukunftsstaat würde nichts anderes sein, als die konsequente Fortbildung des absoluten Polizei- und Wohlfahrtsstaates.

Wenn für den Verfassungsstand, der jetzt gefordert und erstrebt werden muß, der Name „ständische Verfassung“ gewählt wird, so soll damit der Ursprung des ständischen Verfassungsgebens aus der deutschen Freiheits- und Rechtsauffassung gekennzeichnet werden, die schon einmal in der ständischen Verfassungsform des Mittelalters Gestalt gewonnen und leuchtend gewirkt hat, deren Geist, nicht deren Formen wieder erneuert werden sollen.

Das Wesen der ständischen Verfassungsform des deutschen Mittelalters bestand ja darin, daß eine klare und grundsätzliche Grenze gezogen war zwischen dem Rechtskreis der öffentlichen Gewalt und den Rechtskreisen der freien und ihrer Gemeinschaften. Der Rechtsgedanke beherrschte alles: der Ständestaat war der vollkommene Rechtsstaat. Der ihn charakterisierende Dualismus, der so viel angeklagt und noch mehr mißverstanden wurde, ist naturgemäß und auch heute vorhanden — nur nicht staatsrechtlich und verfassungsrechtlich anerkannt und angelegt. Hat der spätere Ständestaat das natürliche Verhältnis zwischen Staat und Volk zu Ungunsten des Staates verschoben, so daß dann das absolute Territorialfürstentum das Recht des Staates erzwingen mußte, so hat der moderne Staat, der absolute Polizei- und Wohlfahrtsstaat, das natürliche Verhältnis zwischen Staat und Volk nach der anderen Seite verschoben, indem der Staat alles Recht und alle Macht erhielt und dem Volke nichts blieb. Freiheit des Volkes besteht ja nicht in dem Rechte, den Inhaber des öffentlichen Gewalt selbst zu wählen, sondern in der Sicherung gegen Despotie durch die Unantastbarkeit der persönlichen Freiheitsrechte und des eigenen Rechtskreises der Gemeinschaften. Der moderne Staat ist despotisch, und diese wird nicht im mindesten dadurch schmaler und angenehmer, im Gegenteil noch härter, brutaler, unmenslicher, wenn der souveräne Wille der Majorität sich über alles erhebt.

Alles andere im ständischen Staate des deutschen Mittelalters war zeitlich bedingt und damit dem natürlichen Untergang geweiht. Mit dieser Form haben wir nichts mehr zu tun. Allein entscheidend ist der Gegensatz: die Rechtsstaat — dort absoluter Polizei- und Wohlfahrtsstaat. Der Parlamentarismus der Weimarer Verfassung und der sozialistische Staat des Marxismus sind nur Spielarten des Staatsabsolutismus.

Stände im Sinne einer ständischen Verfassung sind die — nach nicht vorhandenen, weil vom modernen Staatsgedanken abgelehnten, sondern erstrebten — mit Selbstverwaltung und Selbstbestimmungsrecht ausgestatteten Körperschaften des öffentlichen Rechts, zu denen die natürlichen Gemeinschaften durch die Übernahme von Gemeinschaftsaufgaben, von Leistungspflichten, die heute als Angelegenheiten der Staatsgewalt gelten, erhoben werden.

Der gegen die Bildung politischer Körperschaften aus den Berufsständen oft erhobene Einwand, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Veranschaulichung und feste Umgrenzung der verschiedenen Berufsstände unmöglich sei, geht fehl. Man muß sich nur von der in dem alten Begriff der Berufsstände wurzelnden Anschauung freimachen, als ob der neue Berufsstand zugleich ein „persönlicher“ Stand sei. Die neuen Berufsstände werden sich vielmehr zusammensetzen aus den Arbeitsfamilien der einzelnen Betriebe und Unternehmungen, sind also nicht persönlich, sondern rein sachlich charakterisiert, und in dieser Gestalt hat die Scheidung der Berufsstände gegeneinander keine Schwierigkeiten.

Es muß der Gedanke ganz abgeworfen werden, als ob es möglich sein könnte, eine ständische Verfassung etwa durch eine neue Verfassungsurkunde, mag sie von einer diktatorischen Gewalt oktroyiert, oder von der legitimen gesetzgebenden Gewalt gegeben werden, ins Leben zu rufen. Ueberhaupt: Verfassungsurkunden — das Wichtigste des Verfassungszustandes steht nicht in ihnen und das Meiste, was in ihnen steht, hat mit der Verfassung nichts zu tun. Verfassungen sind Gestaltungen des staatlichen Lebens, die sich auf Tatsachen der historischen Entwicklung gründen und nicht auf Formulierungen eines aus Kompromissen der Parteien entstandenen Gesetzesgesetzes. Verfassungen wachsen, müssen wachsen. Derjenige Staat, der den sichersten und vergleichsweise wohl besten Verfassungszustand hat, besitzt bis heute keine Verfassungsurkunde — England! So muß auch die ständische Verfassung wachsen, allmählich sich ausbilden. Und sie wird wachsen aus den natürlichen Entwicklungstendenzen heraus, die wir heute schon mehr oder minder deutlich wahrnehmen können, und die wir verfolgen und zu dem richtigen Ziele leiten müssen.

Was ist denn, was in all den Ideen und Bestrebungen der Selbstverwaltung der Wirtschaft, der Wirtschaftskörperschaften, des Reichswirtschaftsrats zuletzte, anders als das Verlangen, die Staatsallmacht zurückzudrängen? Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, was ist sie anderes als ein Schritt auf dem Wege zur Veranschaulichung eines wirklichen Berufsstandes zum Inneren der von dem das Wirtschaftleben bisher beherrschenden Massenorganisationen? In den Betriebsräten kann einmal das Fundament einer wirklichen Berufsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter entstehen. Wächtig regt sich der Selbstbestimmungsgehalt in den Gemeinden und Provinzen. Und sehen wir auf ein anderes Lebensgebiet: Elternräte und Schulstreiks, sind sie nicht deutliche Zeichen, daß die Anerkennung des politischen Rechts der Familie in der Schulgemeinschaft und auf der anderen Seite die Aufhebung gegen die Staatsallmacht im Gebiete des Erziehungsweises grundlegende Faktoren des öffentlichen Lebens geworden sind? Suchen wir einen gemeinsamen tieferen Sinn hinter all dem Neuen, was sich auszuwirken strebt, schälen wir den Wahrheitskern heraus aus der

unvollständigen Schale des Irrtums, so leuchtet die Erkenntnis auf, daß ein neuer Staatsgedanke, eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Volk im Werden ist. Bis diese Neuordnung durchgeführt ist, kann gewiß keine Zeit vergehen. Nur was echte Wurzeln hat, ist lebensfähig. Aber man kann natürlich das Wachstum auch fördern. Und es ist wohl möglich, daß einmal eine Regierung, ein Staatsmann oder eine Partei, die berufen werden, nach dem Verfall einer an die Wunderkraft der formalen Demokratie und der Populärmajorität glaubenden Parlamentsmehrheit, unser Volk auf andere Wege seines staatlichen Lebens zu leiten, bewußt und keine Widerstände und Schwierigkeiten scheuend, das Reformwerk des Freiherrn vom Stein zu Erde zu führen unternimmt.

Noch ein anderer Weg kann uns zur neuständischen Verfassung führen. Die Berufsstände sind auf dem Wege zu erkennen, daß nur der Übergang zur ständischen Verfassung sie vor dem sicheren Untergange retten kann, der ihnen von der Allgewalt des Staates, von der gesetzgeberischen Allmacht des Parlaments droht. Und hier ist zugleich der Weg gezeigt, auf welchem der Übergang zur ständischen Verfassung ohne Verfestigung und Entfaltung der Weimarer Verfassung möglich ist: der Ausbau und die Fortbildung des Art. 165!

Vereinigen die Berufsstände ihre Anstrengungen dahin, den Reichswirtschaftsrat zur wirklichen Vertretung der Berufsstände zu machen, ihn von dem verhängnisvollen Konstruktionsfehler der Zusammenziehung nach der Massenrichtung des Volkes („Parität“) zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern) zu befreien; übernehmen die Berufsstände die ihnen obliegenden Leistungspflichten gegen den Staat und die Volksgemeinschaft; erhält dann der Reichswirtschaftsrat als die Vertretung dieser berufsständischen Leistungsgemeinschaften einen stärkeren Einfluß auf die Ordnung des öffentlichen Haushaltes, was keiner besonderen Gesetzesvorschrift bedarf, sondern die notwendige Wirkung der geschlossenen und entschlossenen Stellungnahme dieser „Volksvertretung“ sein würde — so wird der Artikel 165 der Weimarer Verfassung als die Verankerung des ständischen Gedankens in dem bestehenden Verfassungszustand klar erkennbar werden und mit elementarer Gewalt sich auswirken. Denn nicht der Wortlaut von Verfassungsurkunden ist entscheidend, sondern die Wirklichkeit der das staatliche Leben beherrschenden Kräfte und ihrer Ordnung zu einander.

Wochen-Chronik

Der Göttinger Parteitag wird unter den Klängen der Arbeitermarschmarche geschlossen.

Reichspräsident Ebert spricht in Dypbau dem Vertreter der französischen Militärbehörde seine Befriedigung darüber aus, daß die Teilnahme an menschlichem Anglied sich über die Landesgrenze hinwegsetze. — Die französische Militärpartei spricht in ihrer Presse immer offener aus, daß sie gewillt ist, sich über die deutsche Landesgrenze hinwegzusetzen, und fordert die Verlegung der französischen Landesgrenze hinter Rhein und Ruhr.

Das Büro Reuter teilt mit, daß nach Berichten, die in England eingetroffen sind, die militärische Kontrollkommission der Entente von den Fortschritten der deutschen Entwaffnung vollkommen befriedigt sei und das Berühmungsrecht für so gut wie beendet halte. — Die militärische Kontrollkommission der Entente fordert in einer Note an die deutsche Regierung namentlich die Auslösung der Schutzpolizei in ihrer jetzigen Form.

Churchill stellt in seiner Rede, die er zu Dundee über den Niedergang im Welthandel hielt, die Bedeutung der Klüftigkeiten durch die Schuldernationen fest und empfiehlt zur Rettung der Welt die Verabschaffung aller internationalen Verpflichtungen auf praktische Dimensionen.

Die neuen Abmachungen zwischen Loucheur und Rathenau werden von der Reichsregierung nicht bekanntgegeben. — Rathenau erklärt auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie: wenn wir von deutscher Seite stets sagen, „wir können nicht“, dann muß dies auf französischer Seite als „wir wollen nicht“ gedeutet werden.

Die wirtschaftlichen Sanktionen werden durch eine Internationalisierte Kontrollstelle abgelöst, deren Tätigkeit diejenigen der Internationalisierten Rheinlandkommissionen wirtschaftspolitisch fortsetzen wird. Diese „Aufhebung“ bedeutet für Deutschland keine Milderung, vielmehr, da wir die Aufsicht, unter die wir gestellt werden, im Gegensatz zu den jetzigen Zwangsmassnahmen von Reichswegen anerkennen, eine Verschärfung.

Die militärischen Sanktionen werden nicht aufgehoben. — Frankreich bereitet sich darauf vor, die amerikanischen Truppen, im Falle sie die von ihnen besetzten Rheingebiete räumen, durch schwarze Regimenter zu ersetzen.

So gibt es eine politische Basis für Unruhen in Katalonien, wie sie in keiner anderen Provinz zu finden ist, aber es gibt auch ein soziales Phänomen, das interessanter und eigenartiger ist als irgend etwas, was seine Wurzeln in politischen Differenzen hat. Barcelona ist das große industrielle Zentrum von Spanien für beinahe alles außer Eisen, und ein großer Prozentsatz seiner Bevölkerung lebt sich aus Lohnarbeitern zusammen. Die Landeseigenschaften der Katalonier, ihre Selbstständigkeit ihre Verachtung jeder Autorität, ihre Fortgeschrittenheit haben zusammen eine Organisation geschaffen, die wohl die bedrohlichste, ungewöhnlichste, erschreckendste ist, mit der ich jemals in Berührung gekommen bin. Diese Arbeiterbewegung ist von Syndikalisten beherrscht, und in Barcelona zuerst habe ich kennen gelernt, was Syndikalismus in Wahrheit bedeutet.

Dort zeigt sich praktisch, daß es für den Syndikalisten kein Kompromiß mit der gegenwärtigen sozialen Ordnung gibt. Er ist Bolschewik in seinen Absichten und in seiner Methode. Er weigert sich, die gegenwärtige kapitalistische Organisation der Gesellschaft anzuerkennen, und ist entschlossen, die geltende soziale Ordnung völlig umzustürzen, um einen sozialistischen Staat auf den Ruinen des kapitalistischen aufzubauen.

Seine Methode, um das zu erreichen, ist die Bildung eines Syndikats, einer Organisation, die man gewissermaßen als eine umfassende Gewerkschaft bezeichnen kann, die die Arbeiter aller Zweige einschließt. Im Unterschied zu einer Gewerkschaft jedoch ist die Führerschaft vollkommen geheim. Niemand weiß, wer die syndikalistische Bewegung leitet, und wenn ich sage niemand, so meine ich das beinahe wörtlich, da auch die Arbeiter, die Mitglieder des Syndikats sind, nicht mehr wissen als die Außenstehenden. Die Organisation hat die Heimlichkeit der Freimaurer und die Gewalttätigkeit einer italienischen Mafia. Jemandem im Hintergrunde gibt es wahrlich ein Oberhaupt oder ein Komitee; aber aus wem diese leitende Kraft besteht, das ist selbst den aktiv Mitarbeitenden in der Organisation unbekannt. Die Verknüpfung geschieht durch ein System von Zweiergruppen. Von der Zentralorganisation aus, wie diese auch immer sei, ist dafür gesorgt, daß jedes Mitglied in direkter Verbindung mit zwei anderen Mitgliedern der Organisation steht. Jedes dieser anderen Mitglieder hat seinerseits direkte Verbindung mit zwei weiteren Mitgliedern und so weiter in arithmetischer Reihe. Diese Ketten sind durch geheime Agenten der Regierung bis zum vierzehnten Gliede verfolgt worden, und noch sind die eigentlichen Führer nicht ermittelt worden. Gewerkschaften werden nur als eine Art von Uebung der Organisation angelegt, ohne daß irgendwelche Forderungen erhoben werden, und ohne daß jemand namhaft

gemacht wird, mit dem man verhandeln könnte, um den Streit zu beendigen. So ein Streit kann einen Tag oder eine Woche dauern, und ebenso plötzlich und geheimnisvoll wie die Arbeit abbrach, wird sie wieder aufgenommen. All das geschieht, um auf die Definitivität einen Eindruck zu machen und die Organisation in Übung zu halten.

Eine der jüngsten Phasen war das Zensieren von Zeitungen. Den Zeitungen wurde befohlen, alle Artikel vor der Veröffentlichung vorzulegen; wenn sie irgend etwas ohne Autorisation druckten, wurden sie einer Geldstrafe verfallen. Zwei Zeitungen wurden mit je fünftausend Pesetas bestraft dafür, daß sie amtliche Rundgebungen der Regierung abgedruckt hatten. Wenn sie die Zahlung, die auferlegt wurde, nicht zahlen wollten, mußten sie gewärtig sein, daß ihre Druckpressen in Geheim zerstört würden. Selbst wenn sie die Strafe zahlten, wie das in einem Falle geschah, hörte dennoch die Zensur der Zensur nicht auf. Die Folge war, daß alle Zeitungen in Barcelona zu erscheinen aufhörten, und als ich dort war, schon seit vierzehn Tagen nicht eine einzige Zeitung gedruckt wurde. Die einzigen Nachrichten aus der Welt, die die Stadt erhielt, kamen vierundzwanzig Stunden alt, in den Madrider Zeitungen. Diese wurden wiederum von der Regierung zensuriert, so daß Barcelona sich als Nachrichtenzentrum nicht sehr glänzend ausmachte.

Der Arm der syndikalistischen Methode, wie sie in Barcelona angewendet wird, ist der Mord. Bis zu der Zeit, da ich dort war, sind zweihundertfünfzig Unternehmer oder führende Industrielle auf geheimnisvolle Weise getötet worden. Auf diese große Anzahl von Morden ist keine einzige Verhaftung erfolgt. Gewöhnlich wurden nicht einmal Verhaftungen vorgenommen. Geschah es, so wurden Zeugen und Gericht terrorisiert, die Richter wurden bedroht und das Recht vollkommen ineffektiv.

Am Tage, nachdem ich abreiste, verließ der Syndikaleinnehmer auf eine Drohung, daß er binnen zwölf Stunden ermordet sein würde, seinen Posten und ging nach Madrid. Eines der Ergebnisse war der Sturz des Ministeriums Romanos. Am Tage vorher hatte ich eine lange Unterhaltung mit dem Gouverneur gehabt, und hatte von ihm den Eindruck eines Mannes von großer Kraft und festem Charakter gewonnen, mit tiefem, wenn auch nicht sehr liberalen Anschauungen über soziale Verhältnisse. Dieser geheimen Organisation der Arbeiter gegenüber hat sich etwas gebildet, was wir einen Selbstschutz nennen würden, und was man in Katalonien Somaten nennt. Dieser soll jetzt vierzigtausend Bürger umfassen, die sich zusammen getan haben, um die Art der Herrschaft, die das Syndikat ausübt, zu bekämpfen.

Die Arbeiterbewegung hat zwei wichtige Stationen auf ihrem Wege passiert. Der Göttinger Parteitag und die Jenaer Tagung der Delegierten des Metallarbeiterverbandes werfen ein Schlaglicht in die Taktik der zwei größten deutschen Arbeiterorganisationen. Immer noch ist die S. P. D. die stärkste sozialistische Partei Deutschlands, und noch immer ist der Metallarbeiterverband der Vortrup der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Organisation und Arbeiterschaft

Die Arbeiterbewegung hat zwei wichtige Stationen auf ihrem Wege passiert. Der Göttinger Parteitag und die Jenaer Tagung der Delegierten des Metallarbeiterverbandes werfen ein Schlaglicht in die Taktik der zwei größten deutschen Arbeiterorganisationen. Immer noch ist die S. P. D. die stärkste sozialistische Partei Deutschlands, und noch immer ist der Metallarbeiterverband der Vortrup der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Einfluß der S. P. D. auf den Metallarbeiterverband ist seit der Stuttgarter Tagung dieses Verbandes gewachsen. Der verkappte Reformismus ist in diesem von dem revolutionären Sozialisten Dismann geleiteten Verbande wieder mächtig geworden und hätte mit seiner, die U. S. P. D. und S. P. D. überflügelnden Stimmenzahl diesem Verbandstag auf jeden Fall den Charakter gegeben. So war es natürlich, daß die U. S. P. D.-Delegierten auf diesem Verbandstage ihr Verwandtschaftsverhältnis mit den S. P. D.-Delegierten stärker betonten als mit denen der kommunistischen Partei. Sie konnten damit ihrem Parteigenossen Dismann den Vorstoß des Metallarbeiterverbandes erhalten und ihrer Fraktion erheblichen Einfluß auf den Verband sichern.

Es ist außerordentlich bedeutsam, daß die gefasste Resolution sich nicht gegen die Arbeitsgemeinschaften ausdrückt. Weil sie Kompromißresolution ist, fehlen in ihr die positiven Vorschläge für die Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Vielleicht ist es die verschiedene parteipolitische Einstellung der S. P. D. und U. S. P. D.-Delegierten, die keine Richtlinien für den sozialistischen Aufbau finden ließ, weshalb die Erklärung der sozialistischen Gemeinwirtschaft als Parteiangellegenheit erklärt wurde. Das würde für die Praxis heißen, daß eine Entpolitisierung der Gewerkschaft

„Wir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig, es sind bloß Werkzeuge. — So habe nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland.“
Freiherr vom Stein

Syndikalistischer Terror in Barcelona

Von Franz A. Wanderlip, dem amerikanischen Finanzmann, der soeben eine Studienreise durch Europa beendet hat, ist im Münchener Drei-Masten-Verlag ein Buch erschienen: „Was Europa gesehen ist“. Deutschland war Wanderlip damals noch unbekannt, er glaubte, es ignorieren zu können. Aber schon damals mußte er, daß die Eurokratie und die Weltkrisis identisch sind, und daß keine Krisis lokal behandelt werden kann, sondern jeder Sanierungsversuch weltwirtschaftlich begründet sein muß. Ein interessantes Kapitel über Spanien aus seinem Buch dürfte interessieren, weil dort Dinge mitgeteilt werden, von denen die Öffentlichkeit sonst wenig erfährt. Wir glauben, daß Wanderlip authentische Unterlagen für seine Angaben erhielt. In dem vom Kriege unberührten Lande heißt Barcelona eine Gegend dar, wo die durch den Syndikalismus ausgelöste Anarchie zu einer systematischen Terrorherrschaft führt, in der der politische Mord das wirkungsvollste Mittel einer Gruppe von wenigen radikalen Führern ist:

Die spanische Industrie beschränkt sich in der Hauptsache auf Barcelona und Bilbao. Barcelona ist jetzt jeder unruhig. Die Provinz Katalonien, deren Hauptstadt Barcelona ist, wird von einer Masse bewohnt, die ethnologisch von dem allgemeinen spanischen Typ abweicht. Das Volk spricht eine eigene Sprache und denkt und handelt anders als das übrige Volk in Spanien. Politisch heißt Barcelona für Spanien ungefähr das, was das Problem dar wie Irland für Großbritannien. Sein Streben geht nach einem weitgehend selbstbestimmten Home Rule, und die Antwort der Cortes darauf besteht in dauernden Maßnahmen einer strengen Unterdrückung.

ten im Gange ist. Tatsächlich würde diese Entpolstrierung der Gewerkschaften den proletarischen Wünschen der Mehrzahl ihrer Mitglieder entsprechen. Die proletarische Idee der Revolution, ihr Sinn, tritt also hinter die durch Leibliche Not ausgelöste Lohnpolitik zurück. Der Kampf der Arbeiterklasse um ihre Existenz beherrscht die Zeit. Und seine Ursachen werden noch immer stärker aus der Klassenlehre als aus dem Versailles Vertrag her geoligert.

Der Parteitag der S. P. D. hat die U. S. P. und erst recht die K. P. D. enttäuscht. Die Ueberrumpelung dieses Parteitages durch seine Registere mit der Stellungnahme der Partei zu neuen Koalitionen ist gelungen. Es wird nicht fehlen, daß der einflussreiche Parteiapparat dieser Resolution das nötige „Verständnis“ der Mitgliedschaften beschaffen wird. Zweifellos ist zurzeit ein nicht unerheblicher Teil S. P. D.-Arbeiter mit dieser Resolution unzufrieden. Dennoch werden die übrigen proletarischen Parteien die Treue der mehrheitssozialistischen Opposition zur alten Partei nicht erschüttern können. Diese Gewissheit dürfte den koalitionsentschlossenen Parteiführern eine gewisse Sicherheit in der Befolgung ihrer politischen Pläne geben. Die S. P. D. zieht die Konsequenzen aus einer mißlungenen Revolution des Proletariats, der von 1918, und verläßt mehr und mehr den Boden einer klassenegoistischen Politik, ohne die Ideenwelt der proletarischen Bewegung ganz aufzugeben.

Es ist oben schon gesagt worden, wie sehr zurzeit die Idee der sozialistischen Bewegung hinter den einfachen Existenzfragen des Proletariats zurücktritt. Das ist weniger die Schuld der Sozialisten, als die der wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Arbeiterklasse belasten. Es gibt noch Gruppen, die das Gefinnungsbanner des Sozialismus hochhalten. Es gibt Gruppen, die trotz alledem um einen Ausdruck für eine sozialistische Einstellung des Proletariats ringen. Aber sie können sich nicht verbreitern und nicht für sich in Anspruch nehmen, daß sie ein typisch proletarisches Wollen ausdrücken. Die

Massen, ob reformistisch oder revolutionär, unterliegen immer wieder den gestimmungsbildenden Kräften ihrer Wirtschaftslage.

Deshalb sind die Massen heute dem Anarchismus am nächsten. Die ungeheure Verzweiflung über das ungewisse „Morgen“, die elende Lebenshaltung, lösen den Gruppenegoismus und den Einzelegoismus aus. Schon können Lohnkämpfe kaum noch mit der notwendigen Geschlossenheit geführt werden. In den seit Jahren Arbeitslosen wächst der Drang zur Arbeit um jeden Preis. Am schlechtesten entlohnte Arbeiter finden bei der politischen Verwirrung kaum einen anderen Angriffspunkt für ihre Verzweiflung, als die Produktionsmittel selbst.

Was soll auf diesem Boden für die Zukunft der Nation erwachsen? Die Kluft zwischen den nationalen Parteien und der Arbeiterklasse verbreitert sich trotz der proletarischen Enttäuschung über die Demokratie und den Parlamentarismus zusehends. Wo in der Arbeiterklasse das Bewußtsein von der Selbstbehauptung unseres Volkes keimt, da wird es durch falsche nationalistische Propaganda, durch die Verquickung von nationalen und parteiegoistischen Zielen alsbald wieder graulich zerstört. So kommt es, daß Millionen für ihr Deutschtum empfindende Arbeiter immer noch abseits der Nation stehen und sich zur Mitarbeit nicht entschließen können.

Nicht nur Nationen behaupten ihren Platz unter den Völkern. In einer Nation wollen auch die einzelnen Stände unter Ständen die ihnen zukommende Wichtigkeit behaupten und erkämpfen. Das hat mit Futterrippenwirtschaft nichts zu tun. Es ist lediglich die Revolution einer schöpferisch empfindenden proletarischen Führerschaft, deren fruchtbarer Mitarbeit durch die eigene Nation bisher verhindert wurde. Erst dann, wenn die deutsche Arbeiterklasse das Bewußtsein hat, daß man sie als solche achtet, wird der Entschluß des Proletariats zur Mitarbeit an der Nation sich bilden.

Fritz Doffau

so manchen Entwürf zur Verwirklichung zu bringen, vor dem in gerühigeren Zeiten die Bequemlichkeit der Menschen zurückgeht. Sie wagten noch nicht einmal, nummehr aus eigener Machtvollkommenheit wenigstens den Anschluß von Deutsch-österreich an Deutschland zu vollziehen. Und als sie nachgerade merkten, daß die Entente sie betrog, da wußten sie sich keinen anderen Rat, als auf den feigen und eiteln Ruf des alten Narren zu hören, der ihnen als augenpolitische Weisheit empfahl: nur immer bekennen, nur immer die Schuld am Krieg bekennen, dann werden wir doch noch einen gnädigen Frieden bekommen!

Am Ende blieb nichts anderes übrig, als die Scherben, die man schlug, zu der großen Wahlurne zusammenzufügen, in die dann das geduldige Volk seine Stimm für eine Nationalversammlung legen konnte, die den Revolutionsklingel seines Amtes enthos und die Verantwortung auf die Republik übertrug.

Es war eine Revolution ohne Genie.

XV.

Auch eine Republik muß eine Ueberlieferung haben. Es gibt keine Republik ohne Republikaner. Und es gibt keine Republikaner ohne Stolz auf die Republik.

Wir haben in unserer langen Geschichte auch republikanische Ansätze gehabt. Wir haben die Städtebünde gehabt, und die Hanse. Aber sie haben niemals politisch zu handeln vermocht, nicht über ihre Geschäftspolitik hinaus und auf eine Reichspolitik hin. Und das Achtundvierzigertum, das an ein Reich dachte, war vor lauter Ideologie erst recht ohne Politik.

Die deutschen Revolutionsrepublikaner haben sich nachträglich auch wieder auf ihre deutsche Zugehörigkeit besonnen und um ihr einen Ausdruck zu geben, gerade noch die schwarzrotgoldene Fahne erwischt, die einstmal das Symbol einer großen deutschen Begeisterung gewesen ist, aber auch das Symbol einer großen deutschen Enttäuschung geworden war. Sie haben nicht hindern können, daß sie als schwarzrotgelbe Fahne heute abermals die Flagge der Enttäuschung ist, und nicht der Begeisterung. Die Republik, in der wir leben, ist eine begeisterungslose Republik.

Ist sie überhaupt eine Republik? Ist sie nicht immer noch eine Monarchie, der man nur ihre Embleme genommen hat? Ist sie, die kein Symbol besitzt, an das ein Glaube sich heftet, nicht die Monarchie in ihrer tiefsten Erniedrigung?

Der legitimitistische Mensch ist dieser Meinung. Und wir brauchen, so schließt er, nur die Monarchie wieder herzustellen, um die Stellung zurückzugewinnen, die wir vormals unter den Nationen besaßen, als wir ein monarchisches Volk waren.

Der konservative Mensch ist anderer Meinung. Er ist Monarchist, aber er hat in der Art, wie er den monarchischen Gedanken begründet, von ihm eine höhere Auffassung, als der legitimitistische Mensch.

XVI.

Auch Monarchie will errungen sein. Wir sehen heute den Monarchen nicht, der sie erringen könnte. Und selbst wenn wir annehmen wollten, daß er da ist, daß er irgendwo lebt, daß er nur berufen zu werden braucht, dann sehen wir doch die politischen Möglichkeiten nicht, die ihm erlauben würden, hervorzutreten und sich durchzusetzen. Der Monarchist weiß heute nur ganz allgemein, daß es selbstverständlich wieder Einzelne sein werden, Deutsche des Beispiels, und wenn man will, ein Herrscher, der in der Lage ist, Möglichkeiten, die sich künftig einmal bieten werden, politisch zu erfassen. Diesen Führergeanken hat auch die Revolution nicht zu erschüttern vermocht.

Aber eine Monarchie, die auf ihn gegründet wäre, könnten wir heute gar nicht haben. Selbst dann, wenn man uns im Laufe der Zeit gestattete, zur monarchistischen Staatsform zurückzukehren, um einer ewigen deutschen Anordnung ein Ende zu machen, die Europa nicht länger erträgt, wäre es nur eine gebildete, eine gewählte, eine gezeichnete Monarchie, aber keine Monarchie von Eigenen Gnaden, geschweige denn

Konservativ

Von Moeller van den Bruck

XII.

Konservatismus ist nicht Reaktion.

Reaktionäre Menschen beruhigen sich bei den Lebensbedingungen, die sie vorfinden, oder wünschen sie zurück, wenn sie dieselben verloren. Sie können sich die Welt nur so vorstellen, wie sie an dem Tage war, da sie in dieselbe hineingeboren wurden. Ihr Denken ist genau so eng, wie das Denken des revolutionären Menschen, der sich die Welt auch nur so vorzustellen vermag, wie sie an dem Tage ist, da er sie umstürzt.

Der konservative Mensch dagegen ist gewohnt, Hand anzulegen. Ein Konservatismus, der den Ehrgeiz hat, nicht Maritimität zu werden, sondern Werkstoff zu sein, sucht vor allem Dinge zu schaffen, die von neuem Grundlage sein können. Und das konservative Denken unterscheidet sich von dem revolutionären Denken nur dadurch, daß es nicht Dingen vertraut, die eilend und um der Revolution willen entstanden, daß es vielmehr nur diejenigen Dinge als Werte gelten läßt, die eine innemwohnende Tragfähigkeit besitzen.

Der konservative Mensch sieht solche Dinge aus der Ueberlieferung wachsen: nicht aus einer Ueberlieferung um der Ueberlieferung willen — sondern aus einer Ueberlieferung, in der sich das, was immer war, weitergibt an das, was immer sein wird.

Revolutionen haben die Ewigkeit gegen sich.

XIII.

Der Kosmos selbst ist in der Art, wie er auf den Massen von Gesetzmäßigkeiten beruht, kein revolutionäres Phänomen, sondern ein konservatives Phänomen.

Die Natur ist konservativ, weil sie auf einer nicht zu erschütternden Konstanz der Erscheinungen beruht, die sich auch dann, wenn sie vorübergehend gestört wird, immer wieder herstellt. Die gewaltigsten Zerstörungsercheinungen zählen gering vor der Macht der Zeugung, die immer wieder einsetzt, und so Jahr für Jahr, wie Jahrtausend für Jahrtausend die gleichen Lebenserscheinungen hervorbringt. Nur die Oberfläche verändert sich, aber auch die Oberflächenveränderungen zählen nicht, weil das große Gemeinsame der Arten, das unverändert bleibt, immer wichtiger ist, als die Abweichungen, die sich mit der Zeit einstellen; und wie diese wieder verschwinden; oder aber sich einfügen.

Diese konservative Natur lehrt im politischen Leben wieder. Auch hier ist die Stetigkeit im Ablauf der Geschichte, das Ueberdauern von Einrichtungen, Gewohnheiten, Sitten, das Unveränderliche im Charakter einer Klasse oder eines Volkes, aber auch das Gesetzmäßige eines bestimmten Menschlichen sehr viel mächtiger, als die Intermezzi, Varianten und Moden sein können, die von den Zeitläuften jeweilig angebracht werden; und die vergehen, wie diese.

Der konservative Mensch denkt nicht in Individuen, wie der liberale Mensch, dessen Weltbild bei seinem Ich endet und anfängt. Der konservative Mensch kann unmöglich glauben, daß Gott die Welt um jedes einzelnen Zweifelnigen willen geschaffen hat, der, wie der liberale Mensch zeigt, von seiner Freiheit nur einen so minderwertigen Gebrauch zu machen versteht. Er denkt auch nicht in unterschiedlichen Menschlichkeiten, wie der revolutionäre Mensch dies tut, weil er nur so seinen Klassengedanken zu unterbauen vermag. Der konservative Mensch hat die Menschheit noch niemals einig und versammelt gesehen, es sei denn eben in der eingebildeten Welt des revolutionären Menschen, der ihr in Deutschland mit einer ganz besonderen Inbrunst anhängt — wobei ihm zum Schaden des eigenen Volkes die anderen Völker nicht folgen.

Der konservative Mensch erkennt vielmehr, daß das Leben der Menschen sich in Nationen erhält.

Also sucht er das Leben derjenigen Nation zu erhalten, der er angehört.

XIV.

Reaktionartum bezieht sich auf Formen. Konservatismus bezieht sich auf die Sache.

Welche Sache ist heute unsere Sache? Welche kann sie nur sein? Welche muß sie sein? Der liberale Mensch möchte noch immer eine weltliche Sache aus ihr machen, und der revolutionäre seine proletarische. Alle Erfahrungen von Versailles haben den Einen, alle Erfahrungen mit Moskau haben den Anderen nicht von gehegten Lieblingsvorstellungen abzubringen vermocht.

Der konservative Mensch ist sich klar darüber, daß es sich für uns nunmehr und nur noch um die deutsche Sache handelt. Wie kann er, auf den das „Ich dien“ seiner Väter unter so ganz anderen politischen Voraussetzungen übergegangen ist, dieser deutschen Sache dienen? Vor dieser Frage muß der konservative Mensch sich notwendig nach der einen Seite mit dem republikanischen Gedanken, nach der anderen Seite mit dem legitimitistischen Gedanken auseinandersetzen.

Es wäre durchaus vorstellbar, daß wir, die wir ein Jahrtausend lang ein monarchisches Volk gewesen sind, ein nächstes Jahrtausend lang ein republikanisches Volk sein werden. Diese Vorstellung dürfte Niemanden weniger erschrecken, als den konservativen Menschen. Der konservative Gedanke hat sich noch mit jeder Staatsform verbinden können. Die römischen Konservativen waren Republikaner. Sie sahen für Rom keine Rettung, wenn es kaiserlich werden sollte, und ihr Cato behielt Recht und das Reich ging zu Grunde, als aus den Legionen mit dem patrizischen Adel der republikanische Gedanke verschwand. Aber auch die römische Monarchie bildete mit dem imperialistischen Gedanken alsbald einen neuen konservativen Gedanken aus, der den Zusammenbruch um ein ganzes Zeitalter wenigstens hinauschieb. In ähnlicher Weise hat Frankreich, hat England durch Cromwell, ja, Rußland durch Peter seine sehr tief gehenden verfassungsmäßigen Wandlungen erlebt, die von einem Wandel auch des konservativen Gedankens begleitet waren. Nur Deutschland blieb immer Monarchie. Der Weltkrieg ist ganz sicher Einschnitt und Wendepunkt und Umkehr der Geister. Es wäre die revolutionärste aller Veränderungen, die auf ihn einmal zurückgehen werden, wenn er in Deutschland eine Staatsform endgültig ändern sollte, welche unsere Ueberlieferung war und ihn doch nicht zu überdauern vermochte.

Aber nur was Beispiel ist, hat die Kraft zu überdauern. Auch die Entstehung einer Republik geht auf das Vorbild zurück, das die Menschen geben, die sie schaffen. Die Entstehung der deutschen Republik ist beispiellos. Sie entstand aus der Revolution. Und die Revolution entstand aus Verrat. Und der Verrat entstand aus Dummheit. Es wird schwer sein, es wird vielleicht ganz unmöglich sein, wenn erst das Volk sich als Nation fühlt, diese Zusammenhänge jemals aus der Erinnerung seiner Menschen zu löschen. Am neunten November wurde die politische Erneuerung verfehlt. Noch war Krieg. Aber die Revolutionäre zogen die rote Fahne auf und winkten mit ihr unseren Feinden hinüber. Was wurde aus Deutschland? Danach fragten sie nicht. Sie dachten an die Menschheit. Und die Massen dachten an sich. Wenn der Menschheitsgedanke in der Welt liegt, so schließen ihre Führer, dann wird für Deutschland ja mitgesorgt sein. Meist dachten sie noch nicht einmal daran.

Und doch hätten die Revolutionäre eine vollkommen freie Hand gehabt, die ihnen, solange Revolution war, auch das Ausland nicht binden konnte, um den sozialistischen Frieden zu erzwingen, den sie dem Volke versprochen hatten. Aber kein großer Sozialist erhob sich aus dem Sturze von Fürsten, Generälen und Ministern, der von Deutschland aus den Anstoß zu einer neuen Ordnung der Welt gab. Diese merkwürdigen Staatsumdecker warteten ängstlich ab, wie die Welt, und daß was für sie die Entente, ihnen zu tun oder zu lassen erlauben werde. Sie hätten jetzt die Möglichkeit zu dem Wagnis gehabt,

(Ort): _____, den _____

Bestellschein.

(Ausfüllen, ausfüllen und mit 25 Pfg. freigemacht als Drucksache unter Umschlag jenseits an den Verlag „Gewissen“, Berlin W. 30, Reichstraße 22.)
Wenn Mitteilungen angefragt werden, als Brief mit 40 Pfg. (Stadtbrief) bezw. mit 60 Pfg. (für Auswärtige) freimachen!

* Herr — Frau — Fräulein _____
(Vor- und Zuname) _____
Stand oder Beruf bezw. Titel _____
Wohnung: _____
(Bitte recht deutlich schreiben!)

bestellt hiermit zu sofort. Lieferung auf Veranlassung von _____

den laufenden Bezug auf das

Gewissen

Wochenzeitung für politische Bildung

*) Das Bezugsgehalt (28 M. für ein Jahr) habe ich auf Postcheckkonto Berlin 81654 Verlag „Gewissen“ eingezahlt.
*) Das Bezugsgehalt bitte ich von mir durch Nachnahme zu erheben.
*) Nichtzutreffendes bitte streichen!

von Gottes Gnaden, wie der legitime Mensch sie sich vorstellt.

Die deutsche Republik mag ihren politischen Rückhalt bei unseren Feinden suchen. Das ist hart für Deutschland und wir nehmen es an, auch bitter für seine Republikaner. Über für eine Monarchie wäre es ganz unerträglich. Und die Erben der Revolution mögen in derselben Zeit, in der Frankreich uns aufs ärgste bedrückt, frankophil sein oder sich geben, weil sie auf diese Weise hoffen, unseren Feindern zu beschwichigen. Das entspricht nur der Hilflosigkeit, in die uns die Revolution gebracht hat, und der Politik von Politikern, die in Konjunkturen denken. Aber für einen Monarchen wäre es eine Schande.

XVII.

Die Republik ist die Summe der Dinge, durch die wir hindurch müssen.

Die Schönredner der Republik stimmen mit denjenigen der Reaktion merkwürdig überein, wenn sie sagen, verträglich oder aufmunternd, doch ganz allgemein und gleich gedankelos, daß wir Wege finden müßten, um die Nation am schnellsten aus ihrem Elend herauszuführen. Die Einen möchten über den Augenblick hinwegtäuschen, in dem wir leben. Die

Anderen können den Augenblick nicht abwarten, in dem alles wieder wird, wie es war.

Der konservative Mensch weiß von seinem überlegenen Standpunkte aus, daß es sich für uns nicht darum handeln kann, am schnellsten, sondern immer nur darum, am sichersten unserem Elend ein Ende zu machen. Dieses Elend begann, als die Zeit erfüllt war, als der revolutionäre Mensch seine Arbeit einer langsamen Revolutionierung getan hatte, als er der Massen sicher war, sein letztes Bedenken fallen ließ und auf die überrumpelten Straßen ging. Die Zeit will auch jetzt wieder erfüllt sein, und sie wird sich nicht eher erfüllen, als bis die Arbeit einer langsamen Nationalisierung getan ist, bis wir diesmal der Nation sicher sind und sich unter dem Druck eines immer unerträglicheren Lebens eine geistige Bereitschaft vollendet hat, ohne die wir niemals erwarten können, daß sich ein Schicksal ändern wird, an dem jeder Deutsche auf seine Weise mitschuldig ist.

Und es ist nur die Frage, ob es der republikanische Gedanke oder ob es der monarchische Gedanke sein kann, der uns für diesen Augenblick erzieht?

Es wird in jedem Falle der Augenblick des konservativen Gedankens sein.

Kritik der Presse

Die Schweizer „Wasser Nachrichten“ ließen sich von ihrem Korrespondenten aus dem Saargebiet einen Aufsatz über die wirtschaftspolitischen Verhältnisse im französisch beherrschten Saargebiet schreiben. In dem Aufsatz ist folgendes zu lesen: „Der überwiegende Teil der Bergleute besteht aus Deutschen, die sich aber, wie wir von den zuständigen Stellen wiederholt mitgeteilt wurde, im großen und ganzen willig den neuen Verhältnissen eingeeignet haben. Die Bergleute sind wohl diszipliniert und haben, bis auf wenige Ausnahmen, sich unter dem französischen Regime jeder Sabotage enthalten. Das spricht ebenföhr für sie wie für die Haltung der neuen Serren. ... Als die Franzosen die Minen übernahmen, befanden sich dieselben in einem schlechten Zustand. ... Die Minenverwaltung hat ein Programm ausgearbeitet, das gestatten wird, schon in zehn Jahren die gegenwärtige Jahresproduktion zu verdoppeln.“ Wir nehmen es dem Schweizerischen Korrespondenten nicht übel, daß er über die wahre Stimmung der Saarländischen Arbeiterschaft der französischen Oberherrschaft gegenüber nicht unterrichtet ist; vielleicht ist der Schweizerische Korrespondent der deutschen Sprache nicht genügend mächtig, um sich mit deutschen Arbeitern unterhalten zu können, obwohl er für eine in deutscher Sprache erscheinende Zeitung seinen Aufsatz verfertigte. Aber es ist immerhin bemerkenswert, wenn der Schweizerische Korrespondent, der die Vorteile der französischen Herrschaft für das reindeutsche Land so eifrig zu schildern wußte, fortfährt: „Die Korkkriegsproduktion konnte freilich bis heute noch nicht erreicht werden. ... Gegenwärtig steht die Saarindustrie in einer starken Krise, die freilich im Zusammenhang mit der allgemeinen schlechten Geschäftslage steht. Es kam allerdings nirgends zur Arbeitslosigkeit, wie z. B. im benachbarten Luxemburg, wo man die Entwicklung der Saarindustrie mit scheelen Augen ansieht. ... Der Betrieb der saarländischen Eisenbahnen ist außerordentlich teuer, so

daß die Gütertarife im Vergleich zu den deutschen Frachttarifen in stark fühlbarer Weise erhöht werden mußten. Immerhin sind sie noch nicht so hoch, wie im benachbarten Elsaß-Lothringen.“ Mit anderen Worten: die französische Herrschaft hat den natürlichen Wirtschaftszusammenhang zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Mutterlande zerrissen! Und die ehemals blühende deutsche Industrie des Saargebiets ist unter der teuren französischen Verwaltung gegenüber der reichsdeutschen Industrie nicht mehr konkurrenzfähig! Trotzdem glaube der „neutrale“ Berichterstatter feststellen zu können, wie vortrefflich das französische Regime arbeitet und wie wohl sich die Deutschen des Saargebiets unter ihm fühlen.

Die „Humanität“ vom 28. September schreibt über die Vorfälle in Venedig: „Der französische und der italienische Militarismus leben in sehr schlechten Beziehungen. Trotz aller diplomatischen Literatur über lateinisches Brüdertum haben die Faktionen, welche das aktive Element des transalpinen Imperialismus vertreten, den Versuch gemacht, gewaltiam einen Bruch hervorzurufen, indem sie in allen Städten Norditaliens gegen die französischen Missionen manifestierten. In Venedig war der Lärm besonders groß. Der Marschall Foyolle mußte sich in den Campanile zurückziehen. Der berühmte Krieger hatte sich wohl während des ganzen Krieges in keiner so großen Gefahr befunden. Aber so müssen alle Verhandlungen, Vereinigungen und Freundschaften enden, wenn sie nichts sind, als die Folge von Raubgier. Während die französischen Imperialisten England den Vorwurf machen, daß es den Löwenanteil für sich genommen habe, müssen sie hinnehmen, daß die gleiche Beschuldigung gegen sie von ihren eigenen, gleichgesinnten italienischen Brüdern erhoben werden.“

Die in München erscheinende Zentrumswochenchrift „Allgemeine Rundschau“ nimmt in ihrer Nummer 26 Martin Spahns Beitrag zur Rechten zum Anlaß für eine geschichtsphilosophische und literarhistorische Betrachtung. Sie müßt an ein programmatikches Wort von Martin Spahn an: „Der Gedanke der Rechten, der konservative Gedanke überschreitet auf dem von Bismarck geschlagenen großen Wege die Elbe.“ Und sie meint zu diesem Worte: „Es wirkt ein Schlaglicht auf die ganze Gedankenwelt der deutchnationalen Katholiken. Unbeschadet ihres Katholizismus sind sie von der Kulturüberlieferung des katholischen Deutschtums abgekommen. Denn das ging immer von Westen nach Osten. Wie die alte deutsche Kultur überhaupt. ... Erst viel später, lange nach der Reformation, die das östliche Deutschtum vom Westen trennte, kam vor Osten etwas über die Elbe. Konservative Gedanken? Die Romantik kam um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts. Erst es in J. Nablors „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“ nach, einem katholischen Werk, wie die Neustämme östlich der Elbe eine Sehnsucht nach alter deutscher Kultur ergriff, nach dem, was im Westen war. Wie sie das Mittelalter ausgruben und die Kaiseridee. Aber sie suchten und nahmen es ohne den alten Geist, den katholischen Objektivismus. Unsere Romantiker waren erzbischofliche Subjektivisten trotz alles Katholizierens. Ihre Namens- und Geistesbrüder in Frankreich, wie Viktor Hugo, waren Revolutionäre. Scheinkonservativ ist also, was im Deutschen Osten mit dem alten Preußen aufwuchs und nach 1815 die Elbe überschritt.“ Diese Verleumdung der Romantik durch den Zentrumskatholizismus verdient, festgehalten zu werden. Der Katholizismus war tief romantisch, solange er Weltanschauung war. Wenn das Zentrum die Romantik aufgibt, dann gibt es damit seine Weltanschauung auf. Und sein Deutschtum dazu! Die Romantiker, von denen Nablors Buch handelt, suchten die einige Deutschtum, ob sie Protestanten oder Katholiken waren. In der Verbindung von Deutschtum und Romantik lag ihr Konservatismus. Kleist, Arnim und Eichendorff Scheinromantiker? Die tiefen Mytiker! Und Görres? Hat der Zentrumskatholik vergessen, daß Görres als deutscher Katholik und Patriot ein Romantiker war? Görres aber, der Politiker, bekannte sich zum Preußentum. Auch er ging, obwohl er vom Rheine kam, jenen Weg Bismarcks über die Elbe. Er ging ihn, wie der Freiherr von Stein, weil er erkannte, daß unsere politische Kultur aus dem Osten kam. Als Deutsche haben wir nur einen einzigen Kampf zu führen: gegen den Westen. In diesem Kampf kann es den Unterschied von Ostdeutschtum und Westdeutschtum so wenig geben, wie den von Norddeutschtum und Süddeutschtum. Heute weniger denn je! Chronik.

Politisches Kolleg

Der Lehrplan unseres ersten Kurses für Studenten im Johannistift Glandau (17.-20. Oktober 1921) ist lobens erscheinend und steht Interessenten auf Verlangen gern zur Verfügung. Politisches Kolleg G. B., Berlin W. 30, Mohrstraße 22, Fernspr.: Lühow 9820.

Verlag: „Gewissen“, Berlin W 30, Mohrstr. 22, Fernsprecher Lühow 9820. Verantwortlicher Schriftleiter: Werner Bircht, Berlin. Druck: Arthur Lehmann, Berlin SW 11, Königgräzer Str. 40/41. Manuskriptsendungen sind frei zu machen (30 Hfg. Porto bei über 20 g, 120 Hfg. über 100 g im Fernverkehr). Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn vollständig es Rückporto beigelegt ist.

Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich, Sonnabends, mit Tagangabe vom nächsten Montag. Bezug: Durch die Post M. 9.— vierteljährlich. Laufender Bezug jährlich M. 28.—. Der laufende Bezug kann jederzeit begonnen werden; er läuft jeweils ein Jahr und beginnt am 1. des Monats, in dem die Bestellung beim Verlag eingeht. Der Bezug verlängert sich selbsttätig von Jahr zu Jahr, falls Kündigung nicht mindestens ein Monat vor Ablauf erfolgt. Bestellungen auf einen Monat, zwei Monate oder ein Vierteljahr sind beim zuständigen Postamt anzubringen. Der laufende Bezug ist beim Verlag unmittelbar zu bestellen; der Verlag beauftragt alsdann das Postzeitungsamt Berlin, das „Gewissen“ dem Bezüher dauernd anzustellen. Im Bestellmonat bereits erschienene Nummern werden vom Verlag ohne besondere Aufforderung durch das Postzeitungsamt nachgeliefert. Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ erbiten wir uns unter der Anschrift: „An den Verlag „Gewissen“, Berlin W 30, Mohrstr. 22.“ Geldsendungen erbiten wir auf Postcheckkonto „Berlin 816 54 Verlag Gewissen“ oder auf unser Konto bei der Deutschen Bank, Berlin-Schöneberg, Martin Lutherstr. 7. Anzeigen: Die 7 gespaltene Komparateltelle M. 2.—. Die 3 gespaltene Stellamentelle M. 6.—.

Die Neubestellung des „Gewissen“ für das 4. Vierteljahr muß von denjenigen Bezüher, die das Bezugsgeld an den Briefträger — also nicht an den Verlag unmittelbar — entrichten, noch heute gemacht werden. Wer die rechtzeitige Bezugserneuerung versäumt, setzt sich unangenehmen Lieferungsstörungen aus. Am einfachsten erfolgt die Neubestellung dadurch, daß der untenstehende Bestellchein dem Briefträger mitgegeben oder in einen Postkasten gesteckt wird; die Post läßt dann das Bezugsgeld einziehen. — „Gewissen“-Bezüher, denen die Zeitung vom Verlag überwiesen wird, brauchen keine Neubestellung anzugeben, deshalb empfiehlt sich der laufende Bezug, der jährlich 28 M. kostet und der mittels umstehenden Bestellcheins beim Verlag unmittelbar zu bestellen ist.

Bestellchein form with fields for Herr / Fr, Ort, Straße u. Nr., bestellt hiermit, and a table for Stadt, Zeitung, Bezugszeit, Bezugspreis. Includes the 'Gewissen' logo and a stamp area.

Advertisement for Wilhelm v. Oechelhaeuser's book 'Aus deutscher Technik u. Kultur', 2nd edition, 270 pages, price 24 Mark. Published by Verlag H. Oldenbourg.

Advertisement for J. Spielrein's book 'Lehrbuch der Vektorrechnung M. 30.—', published by Verlag 'Gewissen', Berlin W 30, Mohrstraße 22.

Advertisement for 'Die Weltkriegsrevolution' by Dr. E. Stadler, published by K. F. Koehler, Verlag, Leipzig.

Advertisement for Meyers Handlexikon, 8th edition 1921, published by Bibliographisches Institut Leipzig. Price 84 Mark.

Advertisement for 'Neuer Humanismus' by Werner Mahrholz and Hans Roessler, published by K. F. Koehler, Leipzig.

Sämtliche im „Gewissen“ angezeigten Bücher und Zeitschriften können durch unsere Buchhandelsabteilung bezogen werden.